



Dr. Edgar Franke

27. September 2024

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

27. September 2024

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451-717950

<http://www.edgarfranke.de>

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Gesundheitspolitik

Strategieklausur des Seeheimer Kreises

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser,

seit 75 Jahren gibt es das Grundgesetz. Es gewährleistet und beschützt die Demokratie in Deutschland.

Nun haben sich das Bundesjustizministerium und die Fraktionen von SPD, Grünen, FDP sowie der CDU/CSU auf Vorschläge für Grundgesetzänderungen zum besseren Schutz des Bundesverfassungsgerichts verständigt.

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat sich nicht nur als Verfassungsorgan etabliert. Es ist für unseren Rechtsstaat Garant der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Der Status des Gerichts als Verfassungsorgan soll daher deutlicher ausgeformt werden.

Die Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit sollen nun im Grundgesetz noch stärker abgesichert und verankert werden.

Durch die Verankerung im Grundgesetz wird es schwieriger, das Gericht durch politische Mehrheiten zu beeinflussen oder seine Entscheidungen zu unterlaufen. Das schützt das BVG vor willkürlichen Eingriffen in seine Arbeitsweise, wie beispielsweise Änderungen der Amtszeit von Richtern oder die Schaffung neuer Senate.

Die Absicherung des Bundesverfassungsgerichts im Grundgesetz ist also ein wichtiger Schritt, um die Demokratie in Deutschland zu stärken und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Euer und Ihr





Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Viertes Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV) beschlossen

Wir sind angetreten, um Bürger, Unternehmen und Verwaltungen zu entlasten, Prozesse zu verschlanken und deutlich schneller zu machen. Ein wichtiger Baustein ist das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV), das wir in dieser Woche abschließend beraten und verabschiedet haben.

Das Maßnahmenbündel zum Bürokratieabbau zielt darauf ab, viele Verfahren zu vereinfachen. Fast eine Milliarde Euro pro Jahr sollen allein Unternehmen durch das aktuelle Bürokratieentlastungsgesetz einsparen. Ergänzt wurde der Regierungsentwurf zum Beispiel um den digitalen Arbeitsvertrag.



Künftig entfällt der sogenannte Hotelmeldeschein für deutsche Staatsangehörige. Und auch das Steuerrecht wird entschlackt, insbesondere bei der Umsatzsteuer-Voranmeldung. Viel Bürokratie entsteht durch Medienbrüche. Wir ersetzen daher konsequent die Schriftform, für die eine Unterschrift nötig ist, mit der Textform, die nicht unterschrieben werden muss, wie etwa eine E-Mail. Statt Dokumente eigenhändig zu unterschreiben und sie dann ggf. wieder einzuscannen, reicht dann künftig eine einfache E-Mail.

Wir modernisieren die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Bekanntgabe von Steuerbescheiden und anderen Steuerverwaltungsakten grundlegend und beschleunigen so die Digitalisierung des Besteuerungsverfahrens. Damit wird die Verwaltung erheblich entlastet. Die Formerweiterung im arbeitsrechtlichen Nachweisgesetz erlaubt es dann Unternehmen, Abläufe in ihren Personalverwaltungen zu digitalisieren, da Vertragsbedingungen z.B. dann auch in Textform und elektronisch übermittelt werden können. Gleichzeitig wahren wir dabei das berechnigte Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Arbeitsbedingungen im Streitfall einfach nachweisen zu können. Das Gesetz ist der Startschuss für eine kontinuierliche Entlastung - wir wollen Bürokratieabläufe laufend besser machen.



Stabiles Rentenniveau und Generationenkapital

In dieser Woche haben wir den Gesetzentwurf der Bundesregierung im Deutschen Bundestag eingebracht, der zum Ziel hat, das Rentenniveau für heutige und künftige Rentnerinnen und Rentner dauerhaft bei mindestens 48 Prozent zu stabilisieren und ein Generationenkapital zu schaffen, um zukünftige Beitragszahlende zu entlasten.

Dabei wird die sogenannte Haltelinie für das Rentenniveau bis einschließlich der Rentenanpassung zum 1. Juli 2039 gesetzlich verankert und wirkt also bis zum 30. Juni 2040, bevor die nächste Rentenanpassung zum 1. Juli 2040 erfolgt.

Bereits 2035 muss die Bundesregierung einen Bericht vorlegen, ob und welche Maßnahmen erforderlich und geeignet sind, um das Rentenniveau auch über 2040 hinaus bei mindestens 48 Prozent zu halten. Damit legen wir als Leistungsziel für die gesetzliche Rente fest, dass ein Sicherungsniveau vor Steuern von 48 Prozent nicht unterschritten werden soll. Damit sorgen



wir dafür, dass die Renten auch in Zukunft mit den Löhnen steigen können. Ohne diese Maßnahme würde das Rentenniveau langfristig auf unter 45 Prozent sinken. Durch die Stabilisierung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent ist eine Rente von 1.500 Euro im Jahr 2040 um nahezu 100 Euro pro Monat höher. Von

der Sicherung des Rentenniveaus profitieren damit auch derzeitig Berufstätige.

Mit dem Generationenkapital schaffen wir einen zusätzlichen Baustein für die Finanzierung der gesetzlichen Rente. Mit Darlehen aus dem Bundeshaushalt und der Übertragung von Eigenmitteln vom Bund soll ein Kapitalstock aufgebaut werden, dessen Erträge ab Mitte der 2030er Jahre zur Stabilisierung der Rentenbeiträge verwendet werden. Ab 2036 sind Ausschüttungen in Höhe von durchschnittlich 10 Milliarden Euro jährlich an die Rentenversicherung vorgesehen. 2029 wird überprüft, ob die Ziele erreicht werden. Für das Generationenkapital werden keine Beitragsmittel eingesetzt. Das Generationenkapital soll von einer unabhängigen öffentlich-rechtlichen Stiftung verwaltet und global angelegt werden.



Gesundheitspolitik

Anhörung zur Krankenhausreform

Der Gesundheitsausschuss des Bundestages hat sich in einer Anhörung mit dem Gesetzesvorhaben zum Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) auseinandergesetzt.

In der Expertenanhörung forderten Sachverständige Änderungen an der im KHVVG vorgesehenen Vorhaltevergütung, die die Krankenhäuser eigentlich vom Druck der Mengenausweitung befreien soll. Konkret ist in dem Gesetzentwurf vorgesehen, dass sich die Höhe der Vorhaltepauschale an den Fallzahlen des Vorjahres orientieren soll. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Gerald Gaß, hielt das für kontraproduktiv und forderte eine Vorhaltefinanzierung, die von Fallzahlen tatsächlich unabhängig ist.

Die Abgeordneten aus den Koalitionsfraktionen beschäftigten sich auch mit der sektorenübergreifenden Versorgung. Ferdinand Gerlach von der Universität Frankfurt schlug vor, mit der Krankenhausreform eine Leistungsgruppe Hausärztliche Versorgung einzuführen, in der auch Hausbesuche, Pflege sowie die Langzeitversorgung eingegliedert werden sollten.

Die Zukunft der ärztlichen Weiterbildung in der Krankenhausreform wurde von Abgeordneten der SPD wie CDU mit den Sachverständigen erörtert. Susanne Johna, 1. Vorsitzende des Marburger Bundes, wies darauf hin, dass bei den geplanten 65 Leistungsgruppen viele junge Ärztinnen und Ärzte öfter den Ort und den Arbeitgeber wechseln müssten, um ihre Qualifikationen zu erhalten.

Nach der Anhörung werden nun die Beratungen innerhalb der Regierungsfaktionen fortgesetzt. Das Gesetz soll Mitte Oktober im Bundestag abschließend beraten werden, anschließend wird sich der Bundesrat damit beschäftigen.



Dr. Christos Pantazis, (SPD) Berichterstatter Krankenhaus in der SPD-Bundestagsfraktion, AOK-Chefin Dr. Carola Reimann und Edgar Franke vor der Anhörung zum Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz.



Hessisches Gesundheitsforum: Gesundheitsversorgung 2030 sichern - jetzt handeln!

Beim diesjährigen Hessischen Gesundheitsforum der AOK Hessen, das am 18. September 2024 unter dem Motto „Gesundheitsversorgung 2030 sichern – jetzt handeln!“ stattfand, war Edgar Franke als Parlamentarischer Staatssekretär aktiv an einer Podiumsdiskussion beteiligt.



Das Forum, das von 50 ausgewählten Spitzenvertreterinnen und -vertretern der Politik und des Gesundheitswesens besucht wurde (u. a. Diana Stolz, Hessische Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege, Prof. Josef Hecken, Vorsitzender Gemeinsamer

Bundesausschuss sowie der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen Dr. Frank Dastych – im Bild rechts neben Edgar Franke und dem Vorstandsvorsitzenden der AOK Hessen Detlef Lamm), bot eine Plattform, um die Zukunft der Gesundheitsversorgung in Hessen zu beleuchten und Reformen anzustoßen.

In der ersten Gesprächsrunde diskutierten Experten wie Achim Neyer (Klinikverbund Hessen), Dr. Carola Koch (GNEF – Arztnetz





Frankfurt), Martin Hußing (Landespflegerat) und Dr. Isabella Erb-Herrmann (AOK Hessen) intensiv über die Sicherung einer nachhaltigen ambulanten und stationären Versorgung, wobei Neyer sich kritisch zur Krankenhausreform äußerte.

In der zweite Runde mit dem Titel „Bund trifft auf Land“ kam Edgar Franke für das Bundesgesundheitsministerium mit den gesundheitspolitische Sprechern der Landtagsfraktionen von CDU, Grüne und FDP zusammen.

Im Dialog mit den gesundheitspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen machten diese



deutlich, dass man die geplante Krankenhausreform positiv begleiten werde.

Bild links: Im Dialog über Zukunftsfragen der ambulanten und stationären Versorgung in Hessen waren

Detlef Lamm, Vorstandsvorsitzender der AOK Hessen, die Moderatorin Claudia Wehrle (Hessischer Rundfunk) sowie Katrin Anders, MdL Bündnis 90/Grüne, Edgar Franke (BMG), Yanki Pürsün, MdL FDP und Dr. Ralf Norbert Bartelt, MdL CDU.

Bild rechts: Am Rande des Gesundheitsforum traf Edgar Franke auf eine gute Bekannte aus Nordhessen: Dr. Katharina Kappelhoff, Geschäftsführerin des Gesundheitsnetzwerk PORT Willingen Diemelsee e.V. (Bildmitte).

Neben ihr Dr. Katharina Böhm,

Geschäftsführerin der HAGE – Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e. V.





Besuch im Ricam-Hospiz Zentrum Berlin-Rudow

Prof. Dr. Edgar Franke, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Gesundheit hat sich auf Einladung des **Deutschen Hospiz- und PalliativVerbands (DHPV)** in den Räumlichkeiten des Ricam Hospiz Zentrums in Berlin/Rudow über die Möglichkeiten der Hospiz- und Palliativversorgung schwerstkranker und sterbender Menschen informiert.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Deutschen Hospiz- und PalliativVerbands (DHPV), Prof. Dr. Winfried Hardinghaus, stellte Philipp Freund, Geschäftsführer der Ricam Hospiz gGmbH, im Rahmen eines Rundgangs das sehr gute Spektrum seiner Einrichtung aus stationärem Hospiz, ambulantem Hospizdienst und Tageshospiz vor. Bei



einer umfassenden Führung durch die modernen und einladenden Räumlichkeiten durch den Geschäftsführer Philipp Freund (im Bild links) konnte Edgar Franke sich ein gutes Bild von der engagierten Arbeit vor Ort machen. Im anschließenden Gespräch mit Philipp Freund und Prof. Dr. Winfried Hardinghaus (im Bild rechts) standen eine Reihe aktueller gesundheitspolitischer Themen im Mittelpunkt.



Edgar Franke: „Das Ricam Hospiz Zentrum steht beispielhaft für die integrierten Möglichkeiten der Hospiz- und Palliativversorgung hierzulande, die seit der Verabschiedung des Hospiz- und Palliativgesetzes im Jahr 2015 überall weiter ausgebaut werden konnten. Trotzdem bleibt einiges zu tun, damit alle Menschen, die es am Lebensende wünschen, die nötige palliative Versorgung und hospizliche

Begleitung bekommen. Dazu wird das Bundesgesundheitsministerium weiter beitragen.“

Krankhaustour mal anders - Führungskräftekonferenz der Vitos besucht

Im Kloster Haydau, im nordhessischen Morschen konnte Edgar Franke mit Führungskräften der Vitos Gruppe über die anstehenden Herausforderungen im Gesundheitswesen, vor allem über die anstehende Krankenhausreform diskutieren. Zur Vitos Gruppe gehören auch zwei Kliniken, die von der Krankenhausreform betroffen wären: die Vitos Orthopädische Klinik in Kassel und die Vitos Klinik für Neurologie in Weilburg. Aber auch die psychiatrischen und psychosomatischen Kliniken profitierten unmittelbar von der Reform, denn die rückwirkende Tarifrefinanzierung für 2024 und der volle Orientierungswert für 2025 sorgt für zusätzliche Liquidität.



Begrüßt wurde er von Reinhard Belling. Belling hat 2022 den Vorsitz der Konzerngeschäfts-führung übernommen, zuvor war er Alleingeschäftsführer der Vitos Holding. Davor war er Geschäftsführer verschiedener Krankenhäuser, Leiter Konzerncontrolling und Krankenhausreferent auf Kassenseite. Insgesamt

nahmen 100 Führungs-kräfte der ersten beiden Führungsebenen bei Vitos an der Führungskräftekonferenz teil.

Edgar Franke machte in seiner Ansprache deutlich, dass die anstehende Reform auch die somatischen Kliniken und deren Finanzierungssituation in den Blick nimmt. Belling wies darauf hin, dass auch auf dem Gebiet der psychiatrischen Versorgung eine Reform notwendig ist. Leistungserbringer müssen ihre Leistungen angemessen refinanzieren können.

Beide waren sich einig: Es muss weniger stationär und mehr ambulant behandelt werden und der Bürokratieabbau müssen endlich weiter vorangetrieben werden.



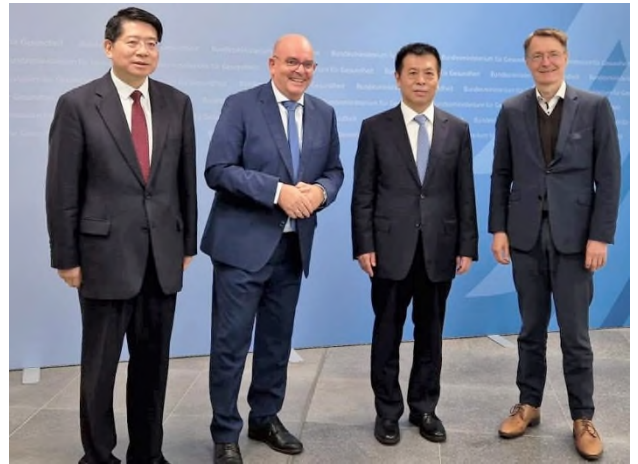
Treffen in Berlin mit dem chinesischen Gesundheitsminister Dr. Haichao Lei nach Unterzeichnung des Deutsch-Chinesischen Aktionsplans Gesundheit 2024-2026

Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach unterzeichnete mit seinem chinesischen Amtskollegen Dr. Lei Haichao den Aktionsplan



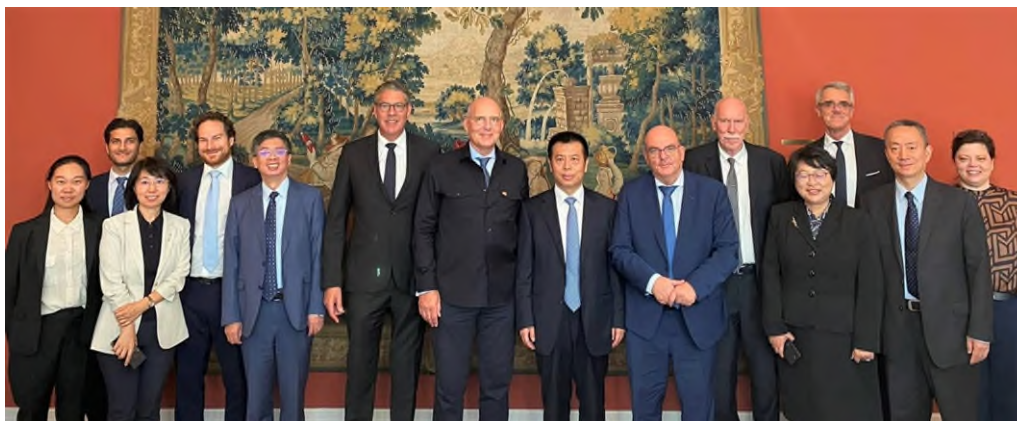
Gesundheit für die Jahre 2024-2026.

Nach der Unterzeichnung des Deutsch-Chinesischen Aktionsplans



Gesundheit 2024-2026 wurden bei einem anschließenden Lunch in der Parlamentarischen Gesellschaft nicht nur Fragen der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den Ländern auch im

Bereich der Gesundheitswirtschaft, erörtert, sondern auch die Notwendigkeit struktureller Reformen in beiden Ländern, betont.



Edgar Franke mit der gesamten chinesischen Delegation in den Räumen der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft. Im Bild ist der 4. von links der persönliche Referent des Parlamentarischen Staatssekretärs, Jasper Wiese.



Strategieklausur des Seeheimer Kreises

In mehreren Arbeitsrunden diskutierten wir mit unterschiedlichsten Gesprächspartnern aus Industrie, Wirtschaft und Sport darüber, wie wir es schaffen können, unser Land in diesen Bereichen wieder weiter nach vorne zu bringen.

Konkretes Ergebnis dieser Klausur sind zwei Strategiepapiere zu den Themen Infrastruktur und Entlastung der Arbeitenden Mitte, welche in den kommenden Wochen vorgestellt werden.

Vom internationalen Großkonzern bis zum innovativen Familienunternehmen: Auf spannenden Unternehmensbesuchen bei adidas, CARIAD, DELO Industrie Klebstoffe und W. L. Gore & Associates konnten unsere



Delegationen interessante Einblicke in die neusten Innovationen und Produkte dieser Unternehmen bekommen. Abgerundet wurde unser Wochenende in München mit einem Ausflug in die SAP Garden Arena.

Ganz besonders freuten wir uns über den direkten Austausch mit unserem



Parteivorsitzenden **Lars Klingbeil** und der Wirtschaftssenatorin von Berlin **Franziska Giffey** (Bildmitte links) zur aktuellen politischen Lage und sagen Danke für eure wichtigen Beiträge. Zudem nutzten wir die Möglichkeit einen Blick in die Zukunft zu werfen und uns in einem Workshop mit Erik Flügge auf den kommenden Bundestagswahlkampf einzustimmen.



Bilder der Woche

Seeheimer Strategieklausurtagung München - Am vergangenen Wochenende habe ich an der Klausurtagung des Seeheimerkreises in München teilgenommen. Die Veranstaltung bot uns die Gelegenheit, intensiv an aktuellen Themen zu arbeiten und einen konstruktiven Austausch zu pflegen. Im Mittelpunkt standen Themen wie die „Infrastruktur“, die gegenwärtige politische Lage sowie die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

Das Bild rechts zeigt Edgar Franke zusammen mit dem früheren Sprecher des Seeheimer Kreises, Johannes Kahrs und seine Ehefrau Berit Franke auf dem Oktoberfest.



Das **Seeheimer Gartenfest** - findet zum Ende der Sommerpause des Deutschen Bundestages im Garten der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft statt.

Sie gibt den Abgeordneten und Vertretern der Gesellschaft die Gelegenheit, die bevorstehenden Aufgaben in gemütlicher Atmosphäre zu diskutieren.

Bild links: Helmut Balamagi (SPD Schwalm-Eder) mit der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas beim Seeheimer Gartenfest.



Gesundheitsrunde des Tagesspiegel mit dem Vorsitzende des Haushaltsausschusses **Helge Braun** (auf dem Bild gegenüber Edgar Franke).

In der Diskussion ging es nicht nur um den Gesundheitshaushalt, sondern auch darum, „ob“ und vor allem „wie“ man die sogenannte Schuldenbremse verändern muss.



Gespräch mit Frau **Dr. Grietja Beck**. Frau Dr. Beck ist die **Präsidentin des Berufsverbands Deutscher Anästhesisten (BDA)**.

Sie kam mit Jörg Karst, Vertreter der Anästhesistinnen und Anästhesisten im BDA (im Bild neben Edgar Franke) und Dr. Markus Stolaczyk, Leiter Gesundheitspolitik des BDA.



Bild links: Zwei Nordhessen vor der Bundesratssitzung in Berlin. Mit dem Hessischen Wissenschaftsminister **Timon Gremmels**.

Bild rechts: **Edgar Franke** nach seinem „Kurlaub“ im Sommer: *„Ich bin kein politisches Schwergewicht mehr, endlich unter 100 kg, 6 Kilogramm weniger in den letzten 3 Wochen durch gesunde Ernährung, kaum Alkohol und viel Bewegung!“*



IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurzgehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Thomas Köhler/photothek.net, Seite 3 Image by [Leopictures](#) from [Pixabay](#), Seite 4 Image by [Wilfried Pohnke](#) from [Pixabay](#), Seite 5, 6 und 7 Edgar Franke, Seite 8 DHPV / Sandra Kühnapfel auf <https://www.ricam-hospiz.de/2024/nachrichten-aus-dem-ricam-hospiz/bmg-staatsekretaer-prof-dr-edgar-franke-zu-besuch-im-ricam-hospiz-zentrum-rudow/>, Bild unten Edgar Franke, Seiten 9 und 10 Edgar Franke, Seite 11 Seeheimer Kreis, Seiten 12 bis 14 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.